



Fachbereich 5 Jugend, Bildung und Sport
Herr Matthias Reuver, Tel. 17-1376

RAT

(bitte für die Ratssitzung aufbewahren)

TOP: Berichtswesen;
hier: Zwischenbericht zum Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2020 „Entfristung der Stellen der Schulsozialarbeit“

Bericht Nr. 196/2020

Produkt: 03.02.01 Ganztägige Förder- und Betreuungsangebote

Beratungsfolge

Rat der Stadt Lüdenscheid

Behandlung

öffentlich

Sitzungstermine

07.09.2020

Finanzielle Auswirkungen?

ja

nein

investiv konsumtiv

Aufwendungen/Auszahlungen

Folgekosten (AfA, Unterhaltung...)

Kostenbeiträge Dritter/Zuwendungen

Sonstige Erträge/Einzahlungen

einmalig	lfd. jährlich

Bemerkung:

Haushaltsmittel ausreichend vorhanden?

ja, veranschlagt bei folgendem Konto: nein, Deckungsvorschlag:

Produkt bzw. Auftrag/Sachkonto/Bezeichnung:

Einmalig: / /

Laufend: / /

gesetzlich vorgeschriebene Aufgabe

freiwillige Aufgabe

Grundlage:

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Die Verwaltung wird beauftragt, erneut zu berichten sobald weitere Erkenntnisse vorliegen.

Bericht:

Aufgrund des beigefügten Antrages der CDU-Fraktion vom 22.05.2020 zur „Entfristung der Stellen der Schulsozialarbeit“ hat der Hauptausschuss am 25.05.2020 folgenden abweichenden Beschluss gefasst:

„Der Hauptausschuss in Vertretung des Rates beauftragt die Verwaltung, einen oder mehrere Vorschläge zur Entfristung der bislang befristeten Verträge der Schulsozialarbeiter*innen der Stadt Lüdenscheid auszuarbeiten und zeitnah vorzulegen.“

Hierzu legt die Verwaltung folgenden Zwischenbericht vor:

Die Verwaltung hat wiederholt im Schul- und Sportausschuss und dem Jugendhilfeausschuss über den Stand in Sachen Schulsozialarbeit berichtet. Die noch abwartende Haltung der Verwaltung gegenüber einer Finalisierung des Themas (z. B. Entfristung der Stellen mit der Hoffnung auf Weiterfinanzierung durch das Land) gründete sich auf die Erwartung, dass das Land im ersten Halbjahr 2020 eine Entscheidung über die Finanzierung - über den 31.12.2020 hinaus - fällt. Dazu ist es nicht gekommen und von einem Automatismus der hergebrachten Landesfinanzierung kann mittlerweile auch nicht mehr ausgegangen werden.

Der beigefügten Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten und Rats Herrn Gordan Dudas durch die Landesregierung NRW vom 05.08.2020 (Drucksache 17/10471) ist u. a. zu entnehmen, dass es bei dem Thema Schulsozialarbeit nicht mehr nur ausschließlich um die Finanzierungsfrage geht, sondern offensichtlich auch eine inhaltliche Neujustierung durch das Land angestrebt wird. So habe das „Starke-Familien-Gesetz“ zu einer erheblichen Entbürokratisierung der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz (BuT) und damit auch zu einer deutlichen Entlastung der Schulsozialarbeit geführt. Die Landesregierung strebe eine Stärkung und eine verlässliche Fortführung der Schulsozialarbeit – unter Berücksichtigung der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik und der Jugendhilfe – an. Eine zeitnahe und dauerhafte Lösung wird in der Beantwortung durch die Landesregierung angekündigt.

Da sich hier aus Sicht der Verwaltung eine deutliche Veränderung der Förderkulisse und der inhaltlichen Ausrichtung der Schulsozialarbeit andeutet, sollte der Vorschlag der Landesregierung abgewartet werden. Die damit verbundene persönliche Härte für die vier Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber (bei drei Vollzeitäquivalenten) hat sich zwischenzeitlich etwas relativiert: Zwei der bisherigen Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen haben sich erfolgreich auf unbefristete Stellen bei der Stadt beworben; die beiden anderen Kräfte hoffen auf eine baldige Klärung und Perspektive. Aktuell wird der Versuch unternommen, die freigewordenen Stellen mit den zunächst kurzen Restlaufzeiten wieder zu besetzen. Die Bewerberinnen und Bewerber wissen um die Befristung und die noch offene Haltung des Landes.

Lüdenscheid, den 20.08.2020

Im Auftrag:

gez. Reuver

Matthias Reuver

Anlagen:

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.05.2020 zur „Entfristung der Stellen der Schulsozialarbeit“

Beantwortung einer Kleinen Anfrage des Abgeordneten und Rats Herrn Gordan Dudas durch die Landesregierung NRW vom 05.08.2020 (Drucksache 17/10471)